

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und. Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1. JAHRGANG

FEBRUAR 1950

HEFT 2

Hans Peter

WIRTSCHAFT FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Bemerkungen zu dem Streit um die Planwirtschaft

Gedanken, besonders Urteile des Beifalls und des Missfallens, die wir in der Jugend angenommen haben, haften mit erstaunlicher Zähigkeit. Was in unseren geistigen Besitz geraten ist, noch bevor wir uns klar darüber sein konnten, ob es richtig ist, ob es überhaupt richtig sein konnte und warum, das behaupten wir gegen die besten Gründe zu oft mit einer geradezu unverständlichen Festigkeit. Was sich am einzelnen beobachten lässt, das scheint nicht minder von den Generationen zu gelten.

So geht es auch mit dem Sozialismus; die einen sind dafür, die andern fanatisch dagegen; eine sachliche Auseinandersetzung scheint gänzlich zwecklos; man redet sich heiß und heiser, und nachher bleibt doch jeder stur bei seiner ursprünglichen Meinung. Manche nennen das Charakter!

In der Tat! In der sozialistischen Idee steckt ein Gedanke, für den sich einzusetzen Sache des Charakters ist: *die Idee des Rechts und der Gerechtigkeit*. Da gibt es kein Ausweichen; in diesem Sinne ist Sozialismus eine unabdingbare Forderung. Ihr kann man sich auch nicht entziehen, wenn man Gegner von etwas ist, was der Sprachgebrauch in anderem Sinne unter dem vieldeutigen Worte Sozialismus versteht. Aus dieser Quelle stammen die Bemühungen, dem bösen Sozialismus durch Sozialpolitik und soziale Reform den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Darüber, dass die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gerecht sein soll kann es eigentlich nur Streit mit denen geben, die sich zum nackten Egoismus bekennen; und das wagt kaum jemand offen zu tun. Der Egoismus pflegt ebenso verschlagen wie feige zu sein. Er meidet die offene Entscheidung und flüchtet hinter den Schleier des Geheimen. Deshalb wird die Auseinandersetzung um die Kernfragen so gern überdeckt durch groß aufgezogene Plänkeleien über Nebensächlichkeiten.

Die gerechte Ordnung lässt sich auf mehrere Arten anstreben und erreichen. Allen Versuchen haften gewisse unvollkommenheiten an, und so kann die Debatte mit einiger Geschicklichkeit endlos hinausgezogen werden, wenn man mit

dem erhobenen tadelnden Zeigefinger des Schulmeisters auf zeitbedingte Schwächen deutet; und man kann sich dabei noch in den Gramfalten der Sorge den Anschein geben, als ginge es nur darum, endlich etwas ganz Vollkommenes zu finden. So werden die brennendsten Aufgaben der Gesellschaft zerredet.

Das Abgleiten ins Unwesentliche lässt das Interesse an den entscheidenden Fragen der Politik mehr und mehr erkalten.

Sozialismus und Sozialisierung, die nach dem ersten Weltkrieg die Gemüter bewegten, sind in den Hintergrund getreten. Im Nationalsozialismus und in der Kriegswirtschaft waren diese Worte zu Schlagworten einer Propaganda geworden, deren Verlogenheit man durchschaute und die man deshalb bald als leere Phrasen empfand. Vielen gingen damit auch die echten Ideale aus den Augen verloren, und sie sind einem müden Nihilismus verfallen.

Diese Ideale sind aber keine leeren Schemen, wie sie vielleicht ein glänzender Redner oder Schriftsteller zu meteorhaftem kurzem Aufleuchten bringen kann. Es sind Urkräfte, die hinter allem politischen Streben stehen, das die Ordnung menschlichen Zusammenlebens besser machen und für viele das Leben überhaupt erst lebenswert werden lassen will.

Gerechtigkeit und Freiheit sind die Ziele, nach denen die Menschheit strebt, solange wir ihre Bemühungen um sittlichen Fortschritt beobachten können. Zwang und Zügellosigkeit sind die Gefahren, in die sie immer wieder verfällt, wenn sie ihr Ziel verfehlt.

Fehler lassen sich freilich viel leichter zeigen als der richtige Weg. Es sind aber auch wirklich mehrere Wege gangbar, wenn nur das Abgleiten in den stets lockenden Abgrund der Gier und Machtgier vermieden wird.

Die Begriffe Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich sauber unterscheiden; aber beide Forderungen lassen sich praktisch nur zugleich erfüllen. Am konkretesten sehen wir das in der Wirtschaft. Jeder will satt werden; jeder hat Anspruch auf den gerechten Anteil am gemeinsamen Reichtum; und ganz überwiegend hängt der gemeinsame Reichtum von gemeinsamer Arbeit ab.

Für die Gesamtheit wird der Reichtum umso größer sein, je mehr Händearbeiten und je größer die Leistung des einzelnen ist. Die Leistung des einzelnen hängt aber nicht nur von seinem eigenen Fleiß und seiner Ausdauer, von seiner Kraft und Intelligenz ab, sondern auch davon, dass ihm brauchbare Werkzeuge, ausreichende Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Wohl gemerkt: das gilt für die Gesamtheit und also für den Durchschnitt; für den einzelnen kommt es noch darauf an, ob er auch voll in den Genuss seines Anteils gelangt oder ob er ändern, die Früchte seiner Arbeit abtreten muss. Wer besitzt, wer verfügt, ist das Entscheidende.

Wir wollen hier nicht näher auf die Fragen eingehen, die sich daraus ergeben, dass in jeder Gesellschaft die Arbeitsfähigen die Kinder, Greise und Kranken erhalten müssen; die Aufgabe, die damit verbundenen sozialen Lasten gerecht zu verteilen, ist überall gestellt. Hier geht es uns um die Grundfrage der Reichtumssteigerung und der gerechten Verteilung.

Offenbar kann das eine Ziel so wenig wie das andere ohne einen Plan erreicht werden, und so scheint dann die Frage, ob Planwirtschaft oder nicht, eindeutig zu Gunsten der Planwirtschaft auszufallen. Es dürfte sich wohl auch kaum ein Wirtschaftsminister dem Vorwurf der Planlosigkeit aussetzen wollen.

Fällt damit aber die Entscheidung gegen die Marktwirtschaft? Das bekannte *Schlagwort* heißt doch: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Aber eben diese Gegenüberstellung schafft nur Verwirrung, und zwar in jeder Hinsicht.

Was jeder zugeben muss, wenn er nicht hinterhältige Absichten hat, ist, dass eine Wirtschaft nicht planlos sein kann.

Das haben nicht einmal die radikalsten Liberalen bestritten. Im Gegenteil, sie haben gegen die Misswirtschaft mancher absoluter Fürsten und ihrer Günstlinge sehr planvoll eine Ordnung vertreten, von der sie ernsthaft zu beweisen versuchten, dass sie den größten Reichtum aller verbürge, der sich in einem Lande erreichen lasse. Man müsse nur, sagten sie, jedem die Freiheit geben, seine Kräfte ohne obrigkeitliches Gängelband einsetzen zu können, dann Sorge das Spiel der Kräfte am Markt schon dafür, dass jeder im Wettkampf mit seinen Konkurrenten das Beste leiste, und die Summe der Bestleistungen aller sei dann der größtmögliche Reichtum der ganzen Gesellschaft. Man gebe jedem die Chance, den Erfolg seiner Leistung selbst zu genießen, und die Leistung geht ganz von selbst auf das höchste Maß!

Das war gar nicht übel ausgedacht; der schnelle Fortschritt der Technik nach Beseitigung der Reglementierungen schien den Theoretikern Recht zu geben. Der Rausch des Erfolges wirkt noch heute nach.

Aber die liberale Politik hatte eine Kehrseite. Gleich im Frühkapitalismus verfielen breite Schichten der Arbeiterklasse dem Elend. Zwar schien dem Landproletariat die Lage in der Stadt immer noch erstrebenswert; aber davon, dass die freie Chance für alle segensreich wurde, konnte denn doch keine Rede sein. Im Gegenteil, die Freiheit der Chance brachte auch die Möglichkeit, das Los zu Hunger und Elend zu ziehen, sogar zum Verhungern.

Der Fehler wurde bald erkannt: die gebotenen Chancen waren frei, aber sie waren nicht gleich. Mit der Unfreiheit ging der Anspruch auf die karge Versorgung verloren; dem wirtschaftlich übermächtigen, besonders dem Skrupellosen, war auch die Freiheit gegeben, nicht nur zu leisten, sondern auch den Konkurrenten aus dem Markt zu werfen, sein Vermögen zu zerstören und ihn zur billigen Veräußerung seiner Arbeitsleistung zu zwingen. Das brauchte nicht einmal immer bewusst zu geschehen. Der Arbeiter des erfolgreichen Unternehmers konnte dabei sogar seine Vorteile haben; aber die Fernwirkungen, die der einzelne Unternehmer kaum überschauen konnte, waren schlimm. Technischer Fortschritt bedeutet kurzfristig immer Einführung arbeitssparender Maschinen und Freisetzung von Arbeitern, die erst in der nächsten Hochkonjunktur wieder Hoffnung auf Beschäftigung haben. Dem einzelnen aber droht zu jeder Zeit die Möglichkeit, in der industriellen Reservearmee zu versinken, die gerade der Fortschritt immer wieder schafft. Die drohende Not lässt ihn mit dem Lohn zufrieden sein, den der Markt ihm bietet. Der Markt aber bietet nur das, was er unbedingt muss.

Hatte man auf selten der vom Glück Begünstigten die neue, die liberale Ordnung als Ursache des Fortschrittes angesehen, so mussten die Menschen, die auf dessen Schattenseite lebten, dieselbe Ordnung als die Ursache ihres Elends verwünschen. Kein Wunder, dass sie nach ihrer Beseitigung riefen. An die Stelle der Marktwirtschaft mit ihrer gnadenlosen Konkurrenz sollte eine Wirtschaft treten, in der die Gemeinschaft für das Wohl ihrer Glieder sorgte. Kommunismus, Sozialismus, Gemeinwirtschaft sind Namen, die dieses ersehnte Ideal bezeichneten.

Hatte die Freiheit der Chancen das Unglück gebracht, so sollte strenge Gerechtigkeit jetzt den Schaden wieder beheben.

Der Sozialismus kam nicht. Statt seiner kam der Krieg und mit ihm eine Wirtschaft, die auf diese Ziele ausgerichtet war: Waffen und notdürftigste Berück_

sichtigung des so genannten Zivilbedarfs. Für beides reichte es nicht, und die Wirtschaft trat ganz unter den Schatten des Mangels. Seine Behebung schien nur möglich durch Rationierung, durch Kartenwirtschaft, Kontingentierung, Bewirtschaftung. Da man den Massen die Verhältnisse damit glaubte schmackhaft zu machen, bezeichnete man diese Wirtschaft im Ersten wie im Zweiten Kriege als Sozialismus, Kriegssozialismus, Nationalsozialismus; und so hämmerte sich im Laufe der Zeit ins Bewusstsein ein: Sozialismus, das ist Zwangswirtschaft; und weil Sozialismus zugleich Planwirtschaft ist, so schien auch Planwirtschaft gleichbedeutend zu sein mit Zwangswirtschaft. Und das wollte keiner.

Diese Zwangswirtschaft war aber auch noch mit etwas anderem Unangenehmen verbunden. Rationierung, Lohnstop und zwangsmäßiger Arbeitseinsatz ließen den Wettbewerb sinnlos werden. Die Knappheit, die am Markt die Triebkraft zu Preissteigerungen ist, war gebändigt, wenigstens was die Lohnbildung und die Preisbildung des dringendsten Massenbedarfs betrifft; aber damit war auch der Anreiz zur Leistungssteigerung beseitigt. Ein missbrauchter Pflichtbegriff und ausgesprochener Terror sollten an seine Stelle treten. Erst sehr allmählich sah man ein, dass der Reiz des Wettbewerbs nicht zu entbehren sei. Kriege, vor allem verloren gehende, sind nun kein geeignetes Experimentierfeld für die Lösung sozialer Fragen. Außerdem ist es psychologisch ganz verständlich, dass man von allem los wollte, was an Krieg erinnert.

Und so scheint sich die Waage wieder zu Gunsten der Freiheit zu senken; in der Wirtschaft deutet man das zu Gunsten der freien Marktwirtschaft. Dass man vorher mit ihr gar nicht zufrieden war, ist ziemlich in Vergessenheit geraten.

Aber die Tatsachen lassen nicht mit sich scherzen. Kaum sind die Chancen wieder frei, zeigt sich als erste üble Folge die Arbeitslosigkeit, der Schrecken der kapitalistischen Konjunkturen, die überwunden zu haben man noch in jeder Periode der Prosperität geglaubt hat.

Besteht aber überhaupt die Gegenüberstellung Planwirtschaft oder Marktwirtschaft zu Recht? Muss die Planwirtschaft zu Zwang und die Marktwirtschaft zu Ungerechtigkeit führen?

Die Liberalen wollten jedem eine Chance geben, indem sie ihn von den selbstsüchtigen Plänen fürstlicher Günstlinge befreiten. Es kam ihnen gar nicht erst in den Sinn, dass diese Chancen auch ungleich sein konnten. Das aber waren sie allein durch die ungleiche Verteilung des Reichtums, und sie wurden es umso mehr und umso schneller, je freier sich die wirtschaftliche Übermacht gegen die Unterliegenden durchsetzen konnte, ja musste.

Wohl hatte man schon gleich die Gefahren einer Ungleichheit der Bodenbesitzverteilung erkannt und als eine der ersten liberalen Forderungen die nach einer Bodenreform erhoben. Aber das kapitalistische Übergewicht war nicht mit dem Boden allein verbunden. Wie konnte man überhaupt hoffen, es zu brechen?

Das soziale Bild der Wirtschaftsgesellschaft war längst nicht mehr das von vielen kapitalistischen Unternehmern, die den von Besitz entblößten Arbeitern gegenüberstanden - wenn es das je gewesen war; Konzerne und Kartelle, die Monopolisten waren oder nach dem Monopol strebten, waren lange schon zu den maßgebenden Figuren der Wirtschaft geworden. Zum Teil war das technisch bedingt, zum Teil aber handelte es sich dabei von vornherein um künstliche Organisationen, deren ausgesprochener Zweck Monopolmacht war.

Und weil dem so war, deshalb lösten sich die wirklichen von den kapitalistisch eingestellten Liberalen. Freie Wirtschaft hatte eine doppelte Bedeutung

bekommen. War sie einerseits der Kampftruf der Liberalen gegen die willkürliche Reglementierung durch Günstlinge eines absoluten Regimes, so ist sie andererseits zum Streitruf derer geworden, die die Bestrebungen eines sozialen Staates bekämpfen, der die private Willkür am Markte brechen und eine gerechte Ordnung herbeiführen will. Handelte es sich in dem einen Falle um die Bekämpfung der Freiheit der Wirtschaftenden gegen die ungerechte Gewalt, so in dem ändern um die Ertrötung der Freiheit gegenüber denen, die ihre Existenzrechte in Gefahr sehen.

Man erkennt fast nicht mehr, was das eigentlich noch mit einer Bekämpfung der Planwirtschaft zu tun haben soll; denn - Planwirtschaft ist das, was Konzerne und Kartelle betreiben, ganz gewiss, sogar Planwirtschaft in volkswirtschaftlicher Größenordnung. Und was ihnen entgegengesetzt werden soll von ihren Gegnern, das ist auch wieder Planwirtschaft. Ob die heutigen Großstaaten planen wollen oder nicht, steht gar nicht mehr zur Diskussion; es *wird überall geplant*.

Der Streit geht um etwas ganz anderes! Es geht um die Frage, *wer planen darf*. Das öffentliche Interesse am Ausgang eines solchen Streites wäre geringer, wenn es sich nur darum handelte, wer nachher den ändern ausbeutet. Ausbeuten ist eine kriminelle Angelegenheit. Das öffentliche Interesse fordert Freiheit und Gerechtigkeit durch Sicherung der gerechten Chance für alle. Der Plan ist berechtigt, der dies zum Ziel hat, und das Recht ist auf selten dessen, der ihn verfolgt.

Die so genannte, sogar von den Liberalen angegriffene freie Wirtschaft wehrt sich natürlich gegen den Vorwurf, die Durchsetzung der Gerechtigkeit zu verhindern; sie sucht sich darauf zu stützen, dass nur sie im Stande sei, den Reichtum aller so zu vergrößern, wie das technisch möglich ist; nähme man ihr das Heft aus der Hand, dann drohe Verarmung der Gesamtheit.

Die Forderung nach höchstmöglichem Wohlstand und gerechter Verteilung stehen miteinander nicht in Widerspruch. Es müsste also vom bloßen logischen Standpunkt aus möglich sein, sich zu verständigen. Die Arbeiterschaft hat gewiss kein Interesse daran, die Steigerung des Wohlstandes zu hemmen. Es fragt sich nur, in welchem Tempo sie vollzogen werden soll; denn davon hängt das Opfer ab, das die lebende Generation der künftigen bringen muss. Ihr Anliegen ist aber, dass die Verteilung des Einkommens gerecht sei. Dazu beansprucht sie ein *Mitbestimmungsrecht* an der Stelle, wo die Pläne wirklich gemacht und durchgeführt werden. *Diesen Anspruch kann sie nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben*; und es ist auch nicht einzusehen, wie man ihr diesen Anspruch mit Recht verwehren will. Der Anspruch auf gerechte Verteilung ist unveräußerlich; was kann man von einer Kontrolle seiner Erfüllung eigentlich fürchten?!

Gerechte Chance für jeden und Verhinderung des Missbrauchs der Freiheit durch eine Übermacht liegen im öffentlichen Interesse. Eigentum verpflichtet, besonders das Eigentum an den Produktionsmitteln; und wer eine Verpflichtung nicht erfüllt, wird immer stärkere Kräfte gegen sich heraufbeschwören.
